

«Das Volk verliert das Vertrauen»

Populismus-Expertin Sophie Pornschlegel warnt vor einer aufziehenden Pöbelherrschaft in Europa. Und die deutsche Politologin erklärt, wo die Risiken der direkten Demokratie liegen.

Alexandra Kedves

Frau Pornschlegel, wie geht es den westlichen Demokratien?
Nicht besonders gut. Was in den USA geschehen ist mit der Trump-Wahl und dem Sturm aufs Capitol, würde ich als Pöbelherrschaft bezeichnen. Und der Zulauf der Rechtspopulisten in verschiedenen Ländern Europas – derzeit in Frankreich, vor den Präsidentschaftswahlen – geht in die gleiche Richtung.

Pöbelherrschaft?
Der griechische Geschichtsschreiber Polybios beschrieb um 150 v. Chr. einen Verfassungskreislauf: Mit der Zeit lässt jeweils die staatliche Orientierung am Gemeinwohl nach, Egoismus und Dekadenz nehmen überhand, Despoten reissen die Macht an sich, chaotische Kämpfe um die Spitzenposition folgen. Bis irgendwann der Wert der Tugenden wieder erkannt wird. Leider beobachten wir heute eine Ökonomisierung des politischen Systems, die dazu geführt hat, dass es kein Verständnis fürs Gemeinwohl mehr gibt. Und haben wir überhaupt noch eine Öffentlichkeit, mit der wir auch über die Weichen für die Zukunft diskutieren können?

Die Öffentlichkeit kann doch mitreden und wählen?
Der Fokus aufs Wählen ist ein viel zu minimalistisches Konzept von Demokratie. Viktor Orbán wurde auch gewählt, aber Ungarn und auch Polen, mit ihrer Beschneidung der Unabhängigkeit der Justiz, würde ich nicht mehr als Demokratien einstufen. Zu einer Demokratie gehört nicht nur das Wahlrecht – das allerdings in den USA unter Druck ist, eben scheiterte dort eine wichtige Wahlrechtsreform –, sondern Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Schutz von Minderheiten.

Könnten Bürgerbeteiligungen, auch via Losverfahren, politische Entscheide mehr bürgerorientiert machen? Das klappte bei der Ausarbeitung der Verfassungsänderung 2018 in Irland.

Das ist jedoch kein Allheilmittel und funktioniert nur, wenn dem jeweiligen Bürgerrat auch eine Umsetzungsgewalt eingeräumt wird. Die Krux ist, wie man die Ergebnisse der Bürgerräte ins politische System einspielt. Macron etwa hat unter viel medialem Getöse eine Bürgerbeteiligung installiert: Nach den Gelbwesten-Protesten durften per Zufall ausgewählte Bürgerinnen und Bürger 150 Vorschläge zum Klimaschutz erarbeiten – aber fast nichts davon wurde umgesetzt, weil es politisch nicht gewollt war. Ich persönlich glaube, man sollte lieber auf die Institutionen bauen, die wir schon haben, und sie verbessern; das ist erfolgversprechender.

Welche Institutionen?
Zum Beispiel die politischen Parteien. Sie sollten sich wieder neu an Werten orientieren und diese vorleben. Doch heute geht es fast nur noch um Machtgewinn und Machterhalt; Fehlerkultur ist Fehlzanzeige. Darum verlieren die



«Mit seiner Beschneidung der Unabhängigkeit der Justiz würde ich Polen nicht mehr als Demokratie einstufen», sagt Sophie Pornschlegel: Protest gegen die Regierung im Oktober 2021 in Warschau. Foto: EPA

Auftritt in der Schweiz



Foto: PD

Die Deutsche Sophie Pornschlegel (31) arbeitet als Senior Policy Analyst am Think Tank European Policy Centre in Brüssel. Derzeit befasst sie sich mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit und Populismus. Auch politische Teilhabe zählt zu ihren Schwerpunktthemen. Sie tritt am Aha-Festival auf, das am 28. und am 29. Januar im Luzerner Kulturzentrum Südpol stattfindet. Am Wissenschaftsfestival stehen 17 Vorträge von Forscherinnen und Forschern wie Eva Illouz oder Frank Trentmann auf dem Programm. (ked)

Volksparteien ihre breite Basis; jene an den Rändern empfangen dafür die frustrierte Bevölkerung mit offenen Armen. Das Volk verliert das Vertrauen. Wir müssen den Machtbegriff neu zeichnen, bevor es zu spät ist; müssen Macht als Verantwortung verstehen, Politik als Unterfangen für die Allgemeinheit.

Ist das nicht eine Utopie?

Jain. In Deutschland etwa gibt es ein starkes unabhängiges zivilgesellschaftliches Engagement, das Rote Kreuz, die Caritas, Stiftungen, NGOs, die finanziell gut aufgestellt sind. Damit werden Werte hochgehalten und auch in der Allgemeinheit implantiert. Im zentralistischen Frankreich mangelt es daran. Allein eine vom Idealismus und den Erinnerungen der älteren Generationen getragene Kultur reicht jedoch nicht – zumal deren Idealismus auch dadurch befeuert wurde, dass es nach dem Krieg wirtschaftlich beständig aufwärts ging. Den jüngeren Generationen hingegen wird

es schlechter gehen. Wenn wir also Polybios' fatalen Kreislauf unterbrechen wollen, müssen wir mehr tun.

Was tun?

Jede Generation muss sich selbst einen neuen Glauben an die demokratischen Werte erarbeiten. Sonst gehen sie verloren. Wir sollten uns klarer vor Augen führen, dass eine extreme Polarisierung der Gesellschaft und der Aufstieg von populistischen Lügnerinnen wie in den USA der Nährboden für Bürgerkriege sind. Ausserdem: «Sich engagieren» heisst auch, Personen, die wenig zu Wort kommen, zuzuhören, ihre Stimme zu stärken – also sich seiner eigenen Macht bewusster werden.

Steckt in der direkten Demokratie – wie in der Schweiz – eine Chance?

Auch die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel, ich bin da eher skeptisch. Grundsätzlich kann man demokratische Formen nicht einfach exportieren, sie sind aus

Traditionen gewachsen. Zudem hat die direkte Demokratie das Problem, dass oft mit sehr ungleichen Spässen Politik gemacht wird. Hinter der einen Kampagne steckt viel Geld – vor allem, wenn es um handfeste wirtschaftliche Interessen geht –, hinter der anderen viel weniger. Dadurch stimmt das Wahlvolk nicht selten gegen die eigenen Interessen. Oder aber gemäss seinen grössten Ängsten, niedersten Instinkten. Das gab es auch schon in der Schweiz. Dass man bei der jetzt hierzulande anstehenden Abstimmung laut Umfragen wohl die Mediensubventionierung ablehnt, erinnert mich an die neue populistische Idee der Johnson-Regierung in Grossbritannien, der BBC die Beiträge zu kürzen.

Sollte die Schweiz in die EU eintreten?

Ich lebe und arbeite seit zweieinhalb Jahren in Brüssel und würde das ohne Wenn und Aber bejahen. Die Schweiz hätte dann mehr Möglichkeiten, mitzureden – und damit auch ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Brexit-Idee, dass man völlig souverän sein kann, ist eine Illusion und funktioniert in einer vernetzten Welt nicht. Das hat nicht nur die Pandemie gezeigt. Koppelt sich die Schweiz jetzt ab, ist das zum Schaden ihrer Bevölkerung.

Seit dem Zweiten Weltkrieg geht es der Schweiz gut.

Schön, aber sie ist abhängig von den Nachbarländern. Und von diesen – beziehungsweise von der EU – wird sie als sehr anstrengenden Partner wahrgenommen. Das kann nicht in ihrem Sinn sein.

Aber die EU hat sich wertemässig nicht ausgezeichnet. Sie selbst schildern den Demokratieverlust in Polen und Ungarn.

Das stimmt, hier war die EU zu langsam. Immerhin sind jetzt zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren im Gang. Aber Deutschland und Frankreich sollten auch politisch darauf antworten, Demokratie muss wehrhaft sein.

Was heisst das?

Es ist entscheidend, dass Staatsoberhäupter sich klar zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen, so wie jüngst Macron. Das hat symbolische Kraft. Zugleich wäre es jedoch verkehrt, Länder, die einen Irrweg gehen, sofort aus der EU rauszuwerfen, selbst wenn das ginge – was es nicht tut. Das Problem ist: Über Grundwerte darf nicht verhandelt werden, aber dem System der EU fehlen Mechanismen gegen die Erosion nationaler Demokratien, weil diese vor einem Jahrzehnt noch völlig unmöglich schien. Zudem brauchen wir alle Mitgliedsländer für zahlreiche andere Entscheidungen wie den Green Deal oder zur digitalen Agenda.

Der Zwang zur gemeinsamen Entscheidung macht es oft schwierig.

Dass 27 Staaten zu verschiedenen Themen Kompromisse zustande bringen: Das ist eine Meisterleistung, eine Stärke der Demokratie, die oft missachtet wird. Was die viel beschimpften «Eurokraten» da täglich äusserst kompetent leisten, wird häufig unterschätzt.